

Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine des Stadtelternbeirates Wiesbaden

Vorbemerkung:

Eine seriöse und fachlich fundierte Beantwortung der Vielzahl unterschiedlicher Fragen ist in der vorgegebenen Zeichenanzahl in einigen Themenbereichen nicht möglich. Wir fassen uns daher so kurz wie möglich und bitten um Verständnis.

I. Lehrkräftemangel

- **Wann und in welcher Höhe erhöhen Sie den hessischen Bildungshaushalt? Welche Bereiche werden Sie zu Gunsten der Bildung reduzieren?**
- **Wie schaffen Sie kurzfristige mehr Lehramtsstudienplätze an hessischen Hochschulen?**
- **Wie reformieren Sie das Lehramtsstudium und machen es attraktiver?
Wie verhindern Sie hohe Abbrecherquote?**
- **Welche Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung werden Sie anstoßen?
Wie qualifizieren Sie Quereinsteiger*innen für den Lehrerberuf?**
- **Wie schaffen Sie in den Schulen Arbeitsbedingungen, die Schulleitung und Kollegien nicht zum Aufgeben treiben?**
- **Wie finanzieren Sie die dringend benötigten, multifunktionalen Teams´ in den hessischen Schulen, von IT – Beauftragen, über Schulsozialarbeiter*innen bis zur Gesundheitsfachkraft?**

- **Was tun Sie hinsichtlich der Entfristung von Lehrkräften (Stichwort TV-H Verträge)?**
- **Wie stellen Sie zukünftig eine verlässliche Planung bei der Lehrkräfteversorgung sicher?**

Wir haben in Hessen Bildung in den Mittelpunkt gestellt und die Bildungsinvestitionen seit dem ersten Tag unserer Regierungszeit stetig gesteigert. Im Jahr 2024 überschreitet der Bildungsetat mit 5,1 Milliarden Euro erstmals die Marke von fünf Milliarden Euro. Noch nie gab es mehr Lehrkräfte in Hessen als heute: Wir haben deutlich über 60.000 in Hessen. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU im Jahre 1999 wuchs die Zahl damit um mehr als 14.200. In den nächsten beiden Jahren schaffen wir weitere rund 4.000 neue Stellen für Lehrkräfte. Die Lehrkräfteversorgung der Schulen genießt eine besonders hohe Priorität für uns als CDU Hessen. So summierte sich der Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung von 104 beziehungsweise 105 Prozent im Schuljahr 2022/2023 hessenweit auf rund 1.650 Stellen. Zusätzlich erhalten Schulen Zuweisungen im Umfang von knapp 12.000 Stellen für ganztätige Angebote, sozialpädagogische Fachkräfte, die sonderpädagogische Unterstützung, zur Umsetzung des schulischen Integrationsplans und im Rahmen der sozialindizierten Zuweisung. Darüber hinaus erhalten die Schulen zusätzliche 2.320 Stellen zur Entlastung von Lehrkräften und Schulleitungen – zum Beispiel für Verwaltungstätigkeiten oder besondere pädagogische Aufgaben.

Der rechnerische Bedarf an Lehrkräften zur Abdeckung der Unterrichtsversorgung ist auf diese Weise zu 134 Prozent (!) abgedeckt. Damit liegt Hessen ebenso bundesweit vorne, wie mit einer Schüler-Lehrer-Relation von 1:13. Trotzdem ruhen wir uns nicht auf den Erfolgen aus, sondern müssen und werden diesen Weg des Aufwuchses fortsetzen.

Mit bestmöglichen Rahmenbedingungen werden wir dafür sorgen, dass Hessen als Bildungsstandort konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleibt und die besten Kräfte für unsere Kinder gewinnt. Wir stellen eine auch im nationalen Vergleich sehr gute Bezahlung aller Lehrkräfte sicher.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Zahl der Studienplätze sowie die Referendariatsplätze sukzessive ausgebaut, um dem gestiegenen Bedarf an Lehrkräften gerecht zu werden und dafür gesorgt, dass wir in Hessen so viele Studienplätze haben, wie noch nie: Die Zahl der Studienplätze für das Grund- und Förderschullehramt haben wir seit 2017 um mehr als 50 Prozent erhöht. Darüber hinaus haben wir 450 neue Plätze für das Referendariat geschaffen. Diese zusätzlichen Plätze sind – anders als in anderen Ländern – alle belegt, was wir als Zeichen für die hohe Qualität des Studiums und die guten Perspektiven für die Studierenden in Hessen betrachten.

Außerdem wollen wir künftig noch mehr geeignete Menschen für das Lehramtsstudium gewinnen. Dazu haben wir bereits unser langfristiges Werben um den besten Lehrkräfte-Nachwuchs für die hessischen Schulen ausgebaut. Nachdem die Initiative „Die Zukunft braucht Dich! Werde Lehrerin oder Lehrer in Hessen“ im vergangenen Jahr um eine breitangelegte Plakataktion und regelmäßige digitale Sprechstunden in den sozialen Medien erweitert worden ist, folgt nun mit dem Virtual-Reality-Filmerlebnis im „Zukunftsbus“ ein neues innovatives und umfassendes Informationsangebot für die Schülerinnen und Schüler.

Um kurzfristig dem – insbesondere durch die Integration vieler aus der Ukraine geflüchteter Kinder – gestiegenen Lehrerbedarf zu begegnen, werden wir die bestehenden Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in das Lehramt bedarfsgerecht ausbauen. Wir wollen Türen in den Lehrerberuf öffnen und dabei Wert auf Qualität legen. Für Neueinstellungen, Quereinsteiger oder aus anderen Regionen zuziehende Lehrkräfte bauen wir Einstiegshürden ab und schaffen einen besonderen

Willkommensrahmen. Weiterhin ist bereits jetzt der Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst für Personen mit einem Hochschulabschluss bestimmter Fachrichtungen möglich, aus denen ein zweites Unterrichtsfach abgeleitet werden kann. Diese Möglichkeit bauen in für weitere Fachrichtungen aus.

Die Schulleitungen und die Attraktivität von Leitungstätigkeiten wollen wir steigern, indem wir durch ausreichende Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung Zeit für Schul-, Qualitäts- und Personalentwicklung sowie zur Koordinierung der pädagogischen Fachkräfte zusichern. Eine Option, die wir prüfen, könnte ein Modell sein, nach dem an Schulen mit über 500 Schülerinnen und Schülern zur Unterstützung und Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter eine wirtschaftliche Co-Schulleitung etabliert wird, damit die Lehrkräfte sich im Schwerpunkt den Fragen rund um die Bildung widmen können.

Schulen mit besonderen Herausforderungen erhalten vom Land besondere Unterstützung. Daher werden wir den Schulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern zusätzliche Mittel für die individuelle Förderung der Kinder bereitstellen. Ihnen weisen wir aus dem datenbasierten Sozialindex mehr personelle und finanzielle Ressourcen für ihre Arbeit zu.

In Kooperation mit den hessischen Schulträgern sorgen wir dafür, dass auch der IT-Support für Schulen vor Ort ausgebaut wird. Wir setzen den Rahmen für digitale Hausmeister, die die Infrastruktur an den Schulen pflegen und warten. Unser Ziel ist es, dass an jeder weiterführenden Schule mindestens ein IT-Supporter seinen Dienort hat, und so auch ggf. die umliegenden kleineren Grund- und Förderschulen betreuen kann.

Wir haben bereits jetzt eine deutliche Verbesserung bei der Weiterbeschäftigung von TV-H-Kräften während der Sommerferien geschaffen:

Die Arbeitslosigkeit von Lehrkräften ist in Hessen während der Sommerferien in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Die aktuelle Regelung, wonach ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung in den Sommerferien erst bei einer Mindestbeschäftigungsdauer von 35 Wochen entsteht, wurde mit dem Haushaltsjahr 2023 auf 30 Wochen reduziert. Bei den 30 Wochen sollen zudem die sechs Wochen der Ferien selbst mitgezählt werden. Konkret: Wer 24 Wochen an einer Schule gearbeitet hat, wird über die Ferien hinaus weiterbezahlt. Durch die Schaffung von 4.000 neuen Lehrerstellen bestehen zusätzliche Möglichkeiten, Lehrkräfte dauerhaft zu beschäftigen, wenn eine Anschlussverwendung nach den Sommerferien absehbar ist. An vielen Schulen sind freie Stellen dafür vorhanden.

II. Bildungsgerechtigkeit und Schulreform

- **Wenn Ihre Fraktion an der Landesregierung beteiligt würde – was wer ein Reformprojekt an den Schulen, das Sie auf jeden Fall auf die Tagesordnung setzen würden?**
- **Wie steht Ihre Partei zum dreigliedrigen Schulsystem und zum früheren Übergang der Schüler*Innen in eine der drei Schulformen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die IGS (Integrierte Gesamtschule)?**
- **Was sind Ihre Pläne, um die Bildungschancen aller Kinder zu gewährleisten? Gehört die gebundene Ganztagschule dazu? Wenn ja, wie sorgen Sie für eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften?**

Wir stehen für unser Chancenschulsystem mit verschiedenen Schulformen, das auf den Prinzipien des Forderns und Förderns aufbaut und die

bestmögliche Bildung jedes Einzelnen besser ermöglicht als eine Zwangseinheitsschule. Wir sind gegen ideologische Experimente auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen – unsere Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und Schulen brauchen keine neuen Systemdebatten über die Einführung oder Abschaffung von etablierten Schulformen, sondern Konzentration auf das, was zählt: guten Unterricht.

Die unterschiedlichen Veranlagungen von Kindern und Jugendlichen verpflichten zu einer ideologiefreien, differenzierten und verlässlichen Bildungspolitik. Deshalb steht für uns als Volkspartei im besten Sinne die Förderung des Individuums im Zentrum – unabhängig von sozialer Herkunft. Auf dem Fundament einer stabilen und vielfältigen Schullandschaft setzen wir den eingeschlagenen Modernisierungskurs an unseren Schulen fort. Individuelle Förderung sowie Leistungs- und Aufstiegsgerechtigkeit gehören für uns zusammen. Wir werben für beste Schulen und die besten Lehrkräfte an Schulen mit besonderen Herausforderungen, damit gerade auch die Bildungschancen von Menschen in benachteiligten Quartieren gefördert werden.

Ganztägige Angebote werden wir weiter ausbauen. Die Wahlfreiheit der Eltern achten wir nicht nur bei der Entscheidung für einen Bildungsgang. Wir stehen für pädagogisch und qualitativ hochwertige ganztägige Angebote mit klar definierten Standards statt einem Zwang zur Ganztagschule.

III. Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung

- **Welchen Schlüssel, Anzahl Schulsozialarbeiter / Schüler´ sehen Sie als notwendig an?**
- **Sehen Sie die Schulsozialarbeit als ‚Landesaufgabe´ und wie finanzieren Sie den Ausbau der Schulsozialarbeit in allen hessischen Schulen?**

- **Setzen Sie sich für die rechtliche Absicherung und eine kontinuierliche Finanzierung der Schulsozialarbeit ein?**

Die Sozialarbeit an unseren Schulen ist der CDU Hessen ein wichtiges Anliegen. Schulen als Sozialraum zu gestalten bedarf der professionellen Begleitung. Daher haben wir bereits im Jahr 2017 die unterrichtsbegleitende sozialpädagogische Unterstützung (UBUS) eingeführt. Hessischen Schulen stehen inzwischen 980 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung. Darüber hinaus können nach dem Beschluss des Doppelhaushalts 2023/2024 rund 150 weitere Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte geschaffen werden, die den Schulen ab dem Schuljahr 2023/2024 zur Verfügung stehen. Dabei kommt diese Maßnahme insbesondere Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen zugute: Grundschulen, die zum Beispiel durch die Inklusion besonders gefordert sind oder eine hohe Schülerzahl aufweisen sowie alle weiterführenden Schulen mit dem Bildungsgang Haupt- und Realschule erhalten spätestens zum Schuljahresstart 2023/2024 mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft zugewiesen. Durch die gesetzlich fixierte Stellenzuweisung ist die Schulsozialarbeit rechtlich abgesichert.

Wir werden auch künftig die multiprofessionelle Arbeit an Schulen ausbauen und mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Schulgesundheitsfachkräfte schaffen.

IV. Schulpsychologie

- **Beurteilt Ihre Fraktion dies als wichtiges Thema für die Schulen und, falls ja, wie könnte Ihrer Meinung nach eine bessere Versorgung gewährleistet werden?**
- **Wie stellen Sie sich die Finanzierung zusätzlicher Stellen vor?**

Die Aufgaben der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Hessen umfassen neben der psychologischen Beratung von Schulen, Lehrkräften,

Eltern sowie Schülerinnen und Schülern auch die präventive und systembezogene Beratung.

Wir als CDU Hessen sehen die Schulpsychologie als wichtiges Thema für Schulen und haben daher in dieser Legislatur die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ausgebaut und eine noch wirksamere Unterstützung direkt an den Schulen sowie Integration in die Kollegien erreicht. Die Schulpsychologie werden wir weiter ausbauen und Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrkräfte weiterhin unterstützen. Darüber hinaus werden wir die Gewaltprävention und Kinderschutz an Schulen weiter ausbauen und die Schulträger mit Landesmitteln unterstützen. Wir fordern eine verpflichtende Fortbildung im Bereich Kinderschutz.

Wir schaffen auch ein hessenweites Koordinierungsprojekt zur Suizidprävention, um die Arbeit der Schulpsychologen, Schul- und Gesundheitsämter, Elternbeiräte sowie lokaler Initiativen zu unterstützen und eine umfassende Informationskampagne für Eltern, Schulleitungen und Lehrkräfte zu gestalten.

V. Ganztagsbetreuung in der Grundschule

- **Wie soll die gesetzlich verbriefte Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 sichergestellt werden?**
- **Was tun Sie konkret, um genügend Fachkräfte zu gewinnen, Quereinsteiger zu gewinnen und weiter zu qualifizieren?**
- **Wie unterstützen Sie die Städte und Kommunen bei der Bereitstellung von schul- und wohnartnahen Räumlichkeiten für die Nachmittags- und Frühbetreuung?**

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung im Bereich der ganztagsschulischen Bildung und werden den Ausbau von Ganztagsangeboten an Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen konsequent fortführen.

Boten im Schuljahr 2013/2014 38 % der Grundschulen ein Ganztagsprogramm des Landes an, so sind es inzwischen mehr als 70 %. Damit ist Hessen bereits heute gut auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine ganztägige Förderung im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/2027 vorbereitet.

Rund 4.330 Stellen stellt die CDU-geführte Landesregierung mittlerweile allein für ganztägige Angebote bereit. Das sind mehr als doppelt so viele Stellen wie zu Beginn der Legislaturperiode. Das Land hilft den Schulträgern auch bei den nötigen Investitionen. 2021 hat die CDU-geführte Landesregierung dafür zusätzliche Finanzmittel von insgesamt 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit werden bedarfsgerecht bauliche Maßnahmen wie Neubauten, Sanierungsmaßnahmen, Mensen oder Ruheräume umgesetzt. Dabei haben wir den vom Bund bereitgestellten Betrag deutlich aufgestockt, um den Bedarfen gerecht zu werden.

Wir ruhen uns nicht aus und wollen auch in Zukunft den Pakt für den Ganzttag stärken. Ganzttag heißt für uns: Individuelle Förderung, Stärkung der Gesundheit sowie Hausaufgabenbegleitung und Lernzeiten mit professioneller Unterstützung in der Schule. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für Kinder im Grundschulalter ab 1. August 2026 werden wir auch weiterhin gezielt in Personal für ganztägige Angebote investieren. Wir brauchen einen Stellenaufwuchs ebenso wie die Mitarbeit verschiedener pädagogischer Professionen, um den Fachkräftebedarf auch in diesem Bereich sicherstellen zu können.

Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Fragekomplex I.

VI. Schulverpflegung (Mittagessen)

- **Wie soll sichergestellt werden, dass ALLE Kinder und Jugendlichen die Chance auf eine gesunde, bezahlbare Verpflegung in der Schule erhalten? Werden Sie sich für eine Preisobergrenze beim Schulessen**

und qualitative Vorgaben für das Essensangebot (regional, bio, etc.) einsetzen?

- **Werden Sie verpflichtende Vorgaben für die Ausstattung der Schulen mit Frischküchen vorantreiben?**

Schulverpflegung ist in Hessen ein wichtiges Thema. Ein warmes und ausgewogenes Mittagessen ist aus unserer Sicht an all jenen Schulen unbedingt erforderlich, die ein ganztägiges Angebot unterbreiten. Verantwortlich für die Bereitstellung des Mittagessens ist der Schulträger. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulträger hier noch stärker auf regionale und saisonale Angebote zurückgreifen.

Die Beiträge für die Mittagessen in den Schulen werden regelmäßig direkt oder indirekt in unterschiedlichem Umfang subventioniert und sind in Hessen daher äußerst moderat. Der überwiegenden Zahl der Familien ist ein solcher Beitrag für die gute und gesunde Verpflegung ihrer Kinder zuzumuten. Eine landesweite Freistellung, die immense Mittel binden würde, die an anderer Stelle für die Bildung unserer Kinder fehlen würden, erscheint uns derzeit nicht sinnvoll. Gleichzeitig ist aber sicherzustellen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von diesem Angebot ausgeschlossen wird. Wo die durch CDU-geführte Regierungen geschaffenen Unterstützungsangebote für Kinder aus einkommensschwachen Familien – wie z.B. der Kinderzuschlag – hierfür nicht ausreichen, sind individuelle Hilfen geboten.

VIII. Digitalisierung und Medienbildung

- **Wie soll Ihrer Meinung nach die Digitalisierung der Schulen weiter vorangebracht werden? Wo setzen Sie Schwerpunkte? Werden Sie verbindliche, einheitliche Konzepte für alle Schulen einführen?**
- **Beabsichtigen Sie die konzeptionelle und finanzielle Beteiligung des Landes bei der Ausstattung der Schüler*Innen mit digitalen Endgeräten?**

- **Sehen Sie in IT-Kräften an Schulen und der Professionalisierung der Medienzentren eine Möglichkeit, die Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen? Und wenn ja, welche Möglichkeiten dafür werden Sie schaffen?**
- **Wie planen Sie den Ausbau der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte zum Einsatz digitaler Medien inkl. KI?**
- **Wann wird Medienbildung fester Bestandteil der Lehrpläne an hessischen Schulen sein?**
- **Haben Sie bereits Überlegungen zur Anpassung von Curricula und Prüfungsformaten angestellt, um den veränderten Rahmenbedingungen durch KI-Tools wie Chat GPT zu begegnen?**

Wir als CDU stehen wie keine andere Partei in Hessen für die Schaffung moderner Bildung mit digitalen Angeboten. Wir haben die Schule der Zukunft im Blick: Inzwischen sind fast alle Schulen an gigabitfähiges Internet angeschlossen, der flächendeckende WLAN-Ausbau an Schulen hat deutlich an Fahrt aufgenommen, über 1.780 Schulen und mehr als 900.000 Personen nutzen mittlerweile das Schulportal Hessen.

Alleine an diesen Beispielen wird bereits deutlich, dass wir massiv in die Digitalisierung der Hessischen Schulen investiert haben und dies auch weiter tun werden. Wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir werden daher die „Strategie Digitale Schule“ Hessen weiter umsetzen und pädagogische Innovation mit digitalen Vorhaben vorantreiben, indem wir z. B. unser Schulportal Hessen weiterentwickeln und die Schulabläufe umfassend modernisieren und digitalisieren.

Wir setzen uns dafür ein, einen Digitalpakt 2.0 aufzusetzen, der zu den digitalen Bedarfen unserer hessischen Schulen passt. Leider wird hier die Ampelregierung im Bund derzeit ihren eigenen Ansprüchen aus ihrem Koalitionsvertrag nicht gerecht und zeigt sich gerade nicht als zuverlässiger Partner.

Wir sichern jedem Kind ab Klasse 7 ein digitales Endgerät. Dies wollen wir in Unterstützung der Schulträger und in Zusammenarbeit mit dem Bund sicherstellen und zu einheitlichen Standards kommen. Dazu schaffen wir an jeder Schule virtuelle Schulräume, um Kindern und Jugendlichen beste Perspektiven für das Zeitalter der Digitalisierung zu ermöglichen. Der Virtual-Reality-Raum wird das neue Computer-Zimmer jeder Schule.

Wir wollen außerdem den digitalen Hausmeister an jeder Schule. Unser Ziel ist es, dass an jeder weiterführenden Schule mindestens ein IT-Supporter seinen Dienstort hat, und so auch ggf. die umliegenden kleineren Grund- und Förderschulen betreuen kann. Die Medienzentren werden wir in diesen Prozess einbinden und perspektivisch weiterentwickeln.

Bereits in dieser Legislatur haben wir das Querschnittsthema Digitalisierung/Medienbildung in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung (Studium, Referendariat, Fort- und Weiterbildung) verpflichtend verankert.

Anwendungen, die auf künstlicher Intelligenz basieren, eröffnen neue Spielräume bei der Unterrichtsgestaltung und können im Unterricht vielfältig eingesetzt werden. Unstrittig ist allerdings, dass KI-Anwendungen, wie jede Technologie, auch Risiken bergen. Zum Thema KI im Unterricht haben wir bereits in diesem Jahr als eines der ersten Länder der Bundesrepublik eine umfassende Handreichung für Lehrkräfte aufgelegt und zahlreiche Fortbildungsangebote, die sich mit der Nutzung von KI und der Chatbot-Programmierung im Unterricht befassen, zur Verfügung gestellt.

Mit der Stärkung der Digitalkompetenz und der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler wollen wir diese zum eigenverantwortlichen Umgang mit digitalen Medien befähigen. Wir verfolgen hierfür einen ganzheitlichen Ansatz. Besonders durch die landesweite Ausrollung des neuen Schulfachs „Digitale Welt“ wollen wir die Schüler frühzeitig bereits im allgemeinbildenden Bereich an Chancen und Risiken verschiedener Digitalformate heranführen. Neben grundsätzlichen Fragen der

Medienkompetenz soll dort v.a. auch die Frage behandelt werden, wie digitale Technologien zur Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Problemstellungen beitragen können, wo Risiken sind und wo wir Grenzen setzen müssen.

Jede Schule in Hessen verfügt darüber hinaus auch über ein Medienbildungskonzept, das vor Ort schulspezifisch umgesetzt wird. Medienbildungskonzepte sind Teil der Schulprogrammarbeit und unterliegen einer permanenten Weiterentwicklung. Medienbildung erfolgt an den Schulen fächerübergreifend.

Als CDU Hessen setzen wir uns insgesamt für ein Update der Lehrinhalte ein, um in Zukunft noch mehr praktische Lebenskompetenzen in der Schule zu vermitteln. Junge Menschen müssen frühzeitig lernen, wie man Verträge abschließt, für das Alter vorsorgt, sich gesund ernährt oder mit Fake-News im Internet umgeht. Bei diesem Update werden wir auch die Medienbildung als wichtiger Baustein beinahe aller Schulfächer angemessen berücksichtigen.

IX. Klimaschutz und ,Bildung für nachhaltige Entwicklung´

- **Wie unterstützen Sie die Kommunen bei der Ertüchtigung der Schulen (grüne Schulhöfe, Beschattung / Isolation der Gebäude, Einbau neuer Heiz- und Lüftungsanlagen...)?**
- **Wann werden Sie verpflichtende Standards für die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen in die hessischen Kerncurricula aufnehmen, damit sich die Schüler*Innen auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten können?**
- **Wann wird BIO zum Standard bei der Schulverpflegung?**

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Es ist daher wichtig und richtig, Kinder und Jugendliche umfassend und sachlich

vertieft zu informieren. Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler befähigt werden, Diskussionen im Kontext des Klimawandels in allen Fächern, aber auch außerschulisch, fundiert führen zu können. Dafür wollen wir auch sachgemäße und fundierte Informationen über den Klimawandel und den Zusammenhang zwischen persönlichem Handeln und den Auswirkungen auf die Umwelt in Kitas und Schulen verankern. Gerade im Rahmen des integrierten Klimaschutzplans hat die CDU-geführte Landesregierung hier bereits vielfältige Maßnahmen initiiert und umgesetzt.

Die Themen „Klimawandel bzw. Klimaschutz oder auch Nachhaltigkeit“ sind bereits fest und über viele Jahrgänge hinweg in den Lehrplänen verschiedener Unterrichtsfächer, wie z.B. den Naturwissenschaften, Erdkunde oder Politik und Wirtschaft, enthalten. Das Themenfeld „Klimawandel – Globale Herausforderungen“ wird als fächerverbindendes bzw. überfachliches Unterrichtsvorhaben durchgeführt, damit Schülerinnen und Schüler über die klimatischen Grundlagen und die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse bzgl. des Klimawandels informiert werden.

Eine Unterstützung der Schulträger bei der Ertüchtigung der Schulen werden wir prüfen. Auch hier haben wir in den vergangenen Jahren schon viel getan: Mit dem Investitionsprogramm „KIP macht Schule“ wurden beispielsweise mehr als 650 Millionen Euro in die Schulen investiert.

Ein gemeinsames Mittagessen und eine gesunde, ausgewogene Schulverpflegung gehören dabei ganz selbstverständlich zu einer guten Ganztagschule. Wir unterstützen die Schulträger dabei, verstärkt auf saisonale und regionale Produkte zu setzen.

X. HSU (=herkunftssprachlichen Unterricht) und multikulturelle Bildung

- **Wie möchten Sie junge Erwachsene mit einer Einwanderungsbiografie in größerer Zahl dazu ermutigen, den Lehrerberuf zu ergreifen?**

- **Wie beabsichtigen Sie der multikulturellen Bildung und der Demokratie-Bildung in den Schulen mehr Gewicht zu geben?**
- **Wie beabsichtigen Sie, den herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) für die Schüler*Innen auszubauen, so dass mehr Kindern und Jugendlichen die Teilnahme wohnortnah ermöglicht wird?**

Die erfolgreiche Werbekampagne für den Lehrerberuf setzen wir fort und wollen junge Menschen mit innovativen Ideen für ein Lehramtsstudium begeistern. Unsere Werbekampagne spricht alle Menschen gleichermaßen an, ob mit oder ohne Einwanderungsbiografie.

Schulen vermitteln Werte. Wir setzen auch weiterhin in Schulen den Fokus auf Grundrechtsklarheit, Extremismusprävention, Wertevermittlung und Demokratieerziehung.

Der Unterricht in der Herkunftssprache in Verantwortung des Landes wurde durch eine Richtlinie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1977 begründet. Viele Familien, für die die EWG-Richtlinie geschaffen wurde, sind jedoch in Deutschland geblieben. Wir als CDU haben daher im Jahr 1999 entschieden, die Deutschförderung zu intensivieren und die Angebote im Unterricht in der Herkunftssprache sukzessive von der Verantwortung des Landes Hessen bei entsprechendem Bedarf in die Verantwortung der jeweiligen Herkunftsländer zu überführen. Unbenommen davon gibt es auch Vereine, die Angebote in Herkunftssprachen im Rahmen eines freiwilligen Angebots oder im Ganztage ermöglichen.

XI. Inklusion

- **Wie setzt sich Ihre Partei für eine Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ein und schafft adäquate Lernbedingungen für alle Kinder?**
- **Wie beabsichtigen Sie die Inklusion auch in den weiterführenden Schulen und hier insbesondere in den Realschulen und Gymnasien voranzubringen?**

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen – von der Kinderbetreuung über Schule und Ausbildung bis zum Berufsleben und im Alltag – bleibt ein zentrales Anliegen der CDU Hessen. Wir richten dieses Ziel an den individuellen Bedürfnissen des betroffenen Menschen aus und wollen daher passgenaue und individuell zugeschnittene Lösungen finden.

Inklusion ist auch in der Schule ein wichtiges Ziel, das wir unterstützen. Viele Kinder mit Beeinträchtigungen können schon heute wunderbar in den allgemeinbildenden Schulen beschult werden. Schülerinnen und Schüler mit umfassenden Beeinträchtigungen oder Behinderungen erhalten im Rahmen des inklusiven Unterrichts zusätzlich individuelle sonderpädagogische Förderung, vorbeugende sonderpädagogische Fördermaßnahmen oder Maßnahmen der Förderpflege. Dafür stellen wir auch besondere Ressourcen bereit und fördern die Barrierefreiheit der Schulen.

Bereits in der aktuellen Legislatur haben wir das Thema Inklusion in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verankert (Studium, Referendariat, Weiter-/Fortbildung). Wir wollen damit erreichen, dass jede Lehrkraft in Hessen bereits in der Ausbildung Grundkompetenzen im Bereich der Inklusion aufbauen kann.

Inklusion hat aber Grenzen und ist nicht für jedes Kind die beste Lösung. Wir betrachten jedes Kind individuell und lehnen deshalb eine Einheitslösung für alle auch hier ab. Wir wollen allen Kindern gleiche Chancen eröffnen und passgenaue Angebote machen. Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt der Förderschulen in Hessen. Förderschulen sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil des Schulsystems und bieten Kindern mit Behinderungen geschützte Räume, kleine Klassen, optimale Förderung, gesicherte Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte.